

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Mittwoch, 9. Dezember 2020, 19.30 Uhr, Waldmannhalle

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Sylvia Binzegger Sonja Zeberg-Langenegger Berty Zeiter Pirmin Andermatt Jost Arnold Zari Dzaferi
Stimmzähler	Marco Kathriner (Obmann) Beat Röllin Philipp Hotz Erwin Gabriel Simon Berner
Anzahl Anwesende	153 Stimmberechtigte 8 Gäste
Zeit	19.30 – 21.35 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 16. März 2021.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ich darf Sie im Namen des Gemeinderates ganz herzlich zur Budgetgemeindeversammlung hier in der Waldmannhalle willkommen heissen. Es freut mich, dass Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass er das Budget und die Rechnung sowie wichtige Vorlagen jeweils mit Ihnen besprechen kann. Dies konnten Sie auch aus der Zeitung entnehmen. Wir sind auch überzeugt, dass wieder bessere Zeiten kommen werden und dann wieder alle uneingeschränkt am demokratischen Leben teilnehmen können und sollen. Es ist dieses Jahr bereits die dritte Gemeindeversammlung innerhalb von gut 3 Monaten.

Am vergangenen Montag hat die katholische Kirchgemeinde ihre Versammlung abgehalten und wir hatten das Glück, dass wir ein Grundstück in Inwil zur Erweiterung der Schule kaufen konnten. Der Souverän hat an der Kirchgemeindeversammlung diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. Darüber sind wir sehr froh. Wir werden Ihnen das Geschäft an der Gemeindeversammlung vom 16. März 2021 unterbreiten. Wir gehen davon aus, dass auch Sie Ihre Zustimmung geben können.

Heute Abend haben wir sechs Traktanden, welche wir behandeln. Bevor wir starten muss ich Sie auf folgende Corona-Regeln aufmerksam machen:

- Sofern sich Anwesende krank oder unwohl fühlen oder Anzeichen für eine Erkältung haben, so bitte ich Sie, jetzt den Saal zu verlassen.
- Der Sicherheitsabstand von 1.5 m zwischen den Personen muss während der ganzen Versammlung konsequent eingehalten werden.
- Es gilt für alle Anwesenden eine konsequente Maskentragepflicht. Am Rednerpult darf die Gesichtsmaske abgelegt werden. Dies gilt auch für den sprechenden Gemeinderat.
- Das Rednerpult wird nach jedem Sprecher / nach jeder Sprecherin desinfiziert.

Wir danken allen Teilnehmenden, für die Einhaltung dieser Schutzmassnahmen.

Einen speziellen Gruss geht heute Abend an unseren Regierungsrat Andreas Hostettler und an Urs Tanner, unser neuer Vize-Gemeindeschreiber und Abteilungsleiter Präsidiales / Kultur. Sie dürfen kurz aufstehen. Herzlich willkommen in Baar – in der schönsten Gemeinde der Innerschweiz.

Ein weiterer Gruss geht natürlich an die Presse. Es sind vom Zugerbieter Florian Hofer und von der Zuger Zeitung Kilian Küttel anwesend. Besten Dank bereits jetzt für die gute und faire Berichterstattung.

Die Einladungen und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Budget-Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen: Von Amtes wegen ist unser bewährter Weibel, Marco Kathriner, dabei. Als weitere Stimmenzähler kann ich Ihnen vorschlagen: Beat Röllin,

Philipp Hotz, Erwin Gabriel und Simon Berner. Es werden keine anderen Anträge gemacht. Bitte bestätigen Sie die Stimmzähler mit Handerheben. Sie sind einstimmig gewählt. Ich danke den Stimmzählern für ihre genaue Arbeit.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen. Es sind 8 Gäste hier. Herzlich willkommen und ich wünsche Ihnen eine interessante Versammlung.

Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung folgende Motionen bzw. Interpellationen eingegangen sind:

- Motion der SP Baar vom 30. November 2020 betreffend "Attraktive und sichere Veloverbindungen"
- Interpellation der Alternativen die Grünen Baar zum Abbruch der "Scheibenhäuser" in Inwil vom 4. Dezember 2020

Sie werden an einer späteren Gemeindeversammlung beantwortet.

Die hängigen politischen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Einige werden heute Abend behandelt.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Es gibt keine Änderungswünsche.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 16. September 2020 (Teil 1) und 1. Oktober 2020 (Teil 2) – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist aufgelegt und konnte eingesehen werden. Es gibt keine Frage zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll (Teil 1 und Teil 2) sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll (Teil 1 und Teil 2) wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Finanzplan 2021–2025 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Thomas Gwerder

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2021–2025 und stellt Folgendes fest:

Die Hochrechnung für das Jahr 2020 geht von einem Ertragsüberschuss von CHF 18 Mio. aus. Geplant war ein Ertragsüberschuss von CHF 1.3 Mio. Das bessere Ergebnis ist auf höhere Steuereinnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer von CHF 18.5 Mio. zurückzuführen. Die Steuern bei den natürlichen Personen liegen CHF 3.4 Mio. unter Budget und die Steuern bei den juristischen Personen um CHF 4.2 Mio. unter Budget. Auf der anderen Seite werden voraussichtlich die Ausgaben für das Jahr 2020 um CHF 6.7 Mio. tiefer prognostiziert.

Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse für die Planjahre 2021–2025 rechnen mit einem operativen Aufwandüberschuss im Umfang von CHF 4.3 Mio. Insbesondere im Jahr 2022 wird mit einem tieferen Fiskalertrag gerechnet. Es ist schwierig abzuschätzen, wie stark sich Covid-19 beim steuerbaren Einkommen bei den natürlichen Personen und beim Gewinn der juristischen Personen bemerkbar machen wird. Somit werden die geschätzten Steuereinnahmen für das Jahr 2022 einiges tiefer ausfallen und es wird mit einem Aufwandüberschuss von beinahe CHF 10 Mio. gerechnet. Deshalb soll der Gemeinderat bei neuen Stellen und Ausgaben zurückhaltend sein. Es ist einfacher, neue Ausgaben und neue Stellen nicht zu bewilligen anstatt nachher die Kosten zu optimieren, wie wir es vor einigen Jahren machen mussten.

Der Personalaufwand macht beinahe die Hälfte des Aufwandes aus. Für das Budget werden die effektiven Kosten gemäss Meldung an das Personalamt genommen, für die kommenden Jahre gemäss Empfehlung der Finanzkommission. So wird der Personalaufwand im Planjahr 2022 um 1% und in den Planjahren 2023–2025 um 1.5% erhöht. Die Erhöhung setzt sich zusammen aus der individuellen Lohnentwicklung von 0.9%, minus dem Mutationsgewinn von 0.2%, plus einer Teuerungsrate von 0.5% ab dem Jahr 2023 und einer jährlichen Stellenentwicklung von 0.3%. Diese Stellenentwicklung entspricht einem Viertel des Wachstums der Baarer Bevölkerung.

Es wird in der Vorlage die langfristige Finanzplanung der Gemeinde Baar bis ins Jahr 2038 aufgezeigt. Die Gemeinde Baar wird in den nächsten zehn Jahren über CHF 325 Mio. investieren. Um diese Investitionen finanzieren zu können, muss die Gemeinde Baar in den nächsten 10 Jahren Fremdkapital in der Grössenordnung von CHF 167 Mio. aufnehmen. Gemäss Finanzplan wird die Gemeinde Baar ab dem Jahr 2024 erstmals wieder Fremdkapital aufnehmen müssen.

Die Steuererträge für das Budget 2021 und die Planjahre 2022–2025 sind mit einem Steuerfuss von 53% berechnet.

Die Einhaltung der Ziele der Finanzstrategie wird aufgezeigt und bewertet. Der Zielkonflikt beim Ziel Nr. 1 ist bekannt und muss bei positiven Ergebnissen gemäss Finanzdirektion nicht erfüllt werden.

Antrag

Vom Finanzplan für die Jahre 2021–2025 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan für die Jahre 2021–2025 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2021 – Genehmigung – Festsetzung der Steuern – Bericht des Gemeinderates – Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Thomas Gwerder

Als Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission haben wir gemäss unseres im Gemeindegesetz verankerten Auftrags das Budget für das Geschäftsjahr 2021 geprüft. Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, dieses zu prüfen und zu beurteilen.

Das Budget 2021 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 2.96 Mio. aus. Der Fiskalertrag nimmt gegenüber dem Budget 2020 um CHF 11.96 Mio. ab. Die Gewinnsteuern bei den juristischen Personen gehen wegen Fusionen und Wegzügen um CHF 12.25 Mio. zurück, bei den natürlichen Personen werden die budgetierten Erträge voraussichtlich um CHF 1.98 Mio. tiefer sein als im Budgetjahr zuvor. Dafür wird bei den Grundstückgewinnsteuern mit einem um CHF 4.0 Mio. höheren Ertrag gerechnet.

Der betriebliche Aufwand geht insgesamt um CHF 5.1 Mio. zurück.

Der Personalaufwand steigt um CHF 131'000 gegenüber dem Budget 2020. Im Jahr 2020 war aber noch eine Einmalzulage von CHF 500'000.– budgetiert. Somit steigt der Personalaufwand effektiv um CHF 631'000.–. Dabei handelt es sich einerseits um individuelle Lohnentwicklungen, andererseits aber auch um neu geschaffene Stellen und verschiedene Pensenanpassungen. Diese neuen Stellen und Pensenanpassungen werden vom Gemeinderat geprüft und bewilligt.

Der Sachaufwand steigt im Total um CHF 735'000.–. Mehraufwände von CHF 850'000.– fallen bei der Abteilung Liegenschaften / Sport an. Die werterhaltenden, baulichen und betrieblichen Investitionen an Gebäuden werden neu in der Erfolgsrechnung budgetiert, auch wenn der Betrag über CHF 100'000.– liegt. Die restlichen Abteilungen rechnen mit Minderaufwänden von CHF 100'000.–.

Die Abschreibungen werden für das Jahr 2021 erstmals linear berechnet und darum sind diese um CHF 3.2 Mio. tiefer als im Vorjahr. Der Aufwand vom NFA nimmt um CHF 0.2 Mio. zu und der Aufwand für den ZFA sinkt um CHF 3.3 Mio.

Die ganze Berechnung findet mit einem Steuerfuss von 53% statt. Der Kantonsrat des Kantons Zug hatte im August 2020 beschlossen, nebst einer Reduktion des kantonalen Steuerfusses für drei Jahre auch den persönlichen Abzug für drei Jahre zu erhöhen und weiter permanent den Mietzinsabzug auf 30% zu erhöhen. Die Mindereinnahmen für die Gemeinde Baar durch diese Massnahmen werden ungefähr CHF 3. Mio. betragen. Diese Einführung ist ab dem Jahr 2021 geplant. Es wurde aber das Referendum ergriffen, weshalb im März zu diesen geplanten Massnahmen eine Volksabstimmung stattfindet.

Wir stellen fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz eingehalten werden. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr sind begründet.

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, das Budget 2021 zu genehmigen und grossmehrheitlich, den Steuerfuss bei 53% festzulegen.

Die RGPK dankt dem Gemeinderat und allen gemeindlichen Angestellten für ihren Einsatz im nicht ganz einfachen vergangenen Jahr und wünscht Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Walter Lipp

An dieser Stelle bedanke ich mich bei Dir und den Mitgliedern der RGPK für die gute Zusammenarbeit. Wir diskutieren viel, finden uns aber immer wieder. Das Wort zum Budget ist weiter frei.

Karl Bürgler

Zu Beginn möchten wir von der FDP Baar dem Gemeinderat und der gesamten Verwaltung unseren Dank für die sehr gute Arbeit im vergangenen aussergewöhnlichen Jahr aussprechen.

Die langfristige Finanzplanung zeigt die Prognose der kommenden Überschüsse sowie die mittelfristige Abnahme der liquiden Mittel auf. Trotz der Covid-19 bedingten negativen Auswirkungen auf das Steuersubstrat, unterstützt die FDP Baar den Antrag, den Steuerfuss bei 53% zu belassen. Dies auch in Anbetracht der kantonalen Steuersenkung, über welche im März 2021 abgestimmt wird.

Sollten Anzeichen da sein, dass entgegen dem Budget die Rechnung 2021 positiv abschliesst, erwartet die FDP Baar ein entsprechendes Entgegenkommen an den Steuerzahler z.B. im Rahmen eines erneuten Steuerrabattes.

Unter Berücksichtigung der aktuellen, besonderen Situation und der unsicheren Zukunftsentwicklung erwartet die FDP Baar beim Stellenausbau der Verwaltung zukünftig, wie dies auch von der Finanzkommission gefordert wird, etwas mehr Zurückhaltung. Dies insbesondere auch mit dem Hintergrund, dass der Steuerzahler vorerst aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage auf einen weiteren Steuerrabatt verzichten muss.

Die FDP Baar unterstützt auch die weiteren Anträge des Gemeinderates zum Budget 2021.

Olivia Bühlmann

Auch im Namen der CVP Baar möchte ich mich für die Anträge des Gemeinderates aussprechen, das heisst für die Genehmigung des Budgets 2021 sowie die Beibehaltung des Steuerfusses von 53%.

2020 war in jeder Hinsicht ein aussergewöhnliches Jahr und wird uns bestimmt noch länger in Erinnerung bleiben. Aufgrund der aktuellen nicht nur wirtschaftlich schwierigen Situation erstaunt es daher nicht, dass die Gemeinde Baar einen Aufwandüberschuss von fast CHF 3 Mio. fürs 2021 budgetiert. Zurückzuführen ist dieser Aufwandüberschuss unter anderem auf weniger Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Obwohl für das Jahr 2021 mit einem Aufwandüberschuss zu rechnen ist, wird die Gemeinde Baar das Jahr 2020 voraussichtlich mit einem Überschuss von fast

CHF 20 Mio. abschliessen, was auf einen Einmaleffekt bei den Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen ist.

Und obwohl die beiden Ausgangslagen 2020 und 2021 sehr gegensätzlich sind, ist die CVP Baar der Meinung, dass es momentan nicht der richtige Zeitpunkt für Steuererhöhungen oder Steuersenkungen ist. Mit fast CHF 55 Mio. Steuerreserven wäre es heute definitiv falsch, schon von Steuererhöhungen zu sprechen. Ebenso falsch wäre es zum heutigen Zeitpunkt und mit der jetzigen Ausgangslage, von weiteren Steuersenkungen zu reden. Steuersenkungen als Entschädigung oder als Entlastung helfen meistens in einer Krise nur denen, die einen Gewinn machen und nicht denen, die in einer Krise stecken. Natürlich befürwortet die CVP Baar auch, dass der Gemeinderat das Gewerbe weiter entlastet. Dies aber nicht im Rahmen von Steuersenkungen, sondern – wie bereits angekündigt – mit dem Verzicht auf die Alkoholsteuer, allenfalls Mietreduktionen, oder – wie vom Gemeinderat vorgesehen – mit Notstandskrediten.

Und noch kurz etwas zur Personalpolitik, die bestimmt noch angesprochen wird. Von einigen wird behauptet, der budgetierte Aufwandüberschuss sei vor allem auf die geschaffenen Verwaltungsstellen der Gemeinde zurückzuführen. Ja, die Gemeinde Baar hat und wird fürs nächste Jahr mehr Personal einstellen. Und auch wir von der CVP Baar sind der Meinung, dass der Staat so schlank wie möglich gehalten werden und gerade aufgrund der sehr aussergewöhnlichen Situation zurückhaltend sein soll. Aber man muss dabei auch bedenken, dass die Verwaltung der Gemeinde Baar die letzten paar Jahre sehr auf Sparflamme, wenn nicht sogar stark unterbesetzt war. Dies hatte zur Folge, dass man bei gewissen Projekten – hier meine ich vor allem Bauprojekte – einfach nicht weitergekommen ist. Ich denke nicht, dass es angebracht wäre, wenn Sparmassnahmen oder Steuerrabatte zu Lasten der Investitionen gemacht werden. Deshalb befürworten wir den Antrag des Gemeinderates um Genehmigung des Budgets.

Georg Meyer

Ich werde zwei Voten kombinieren, dann muss das Podium nur einmal geputzt werden.

Das erste Votum halte ich als Mitglied der RGPK. Vielleicht haben Sie schon gehört, dass ich aus beruflichen Gründen aus der RGPK austreten werde. Ich bedanke mich für die super Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen der RGPK, mit dem Gemeinderat, mit den Abteilungsleitern und den Abteilungen. Ich bedanke mich auch bei Ihnen, liebe Baarerinnen und Baarer, dass Sie mich in dieses Amt gewählt haben.

Ich möchte den Punkt betreffend Personalwachstum ansprechen. Die Gemeinde möchte gute Dienstleistungen bieten und da ist ein gewisses Wachstum angebracht. Dies muss jedoch auch beim Bürger ankommen. Man hört kritische Stimmen aus der Bevölkerung. Ich bitte meine Kollegen und den Gemeinderat, dass diese Stimmen ernst genommen werden und eine hohe Zufriedenheit erreicht werden kann.

Dies zu meinem Teil zur RGPK. Abschliessend noch einmal vielen Dank. Es ist ein sehr spannendes Amt und ich habe die Zeit sehr genossen.

Jetzt setze ich meinen SVP-Hut auf. Zuerst habe ich gemeint, ich sei der gleichen Meinung wie die CVP. Jetzt stellt sich jedoch heraus, dass wir nicht ganz gleicher Mei-

nung sind. Die SVP Baar ist der Meinung, dass es ein Krisenjahr war und sich die Gemeinde da kulant gezeigt hat, wo es möglich war. Es wäre dem Steuerzahler gegenüber angebracht, dass wir auf dem heutigen Steuerniveau bleiben. Das bedeutet die Gewährung eines Steuerrabatts. Nach unserer Rechnung ist das eine Einbusse von ca. CHF 4 Mio. Pirmin kann uns bestimmt die genaue Zahl sagen. Wenn man im Protokoll der Rechnungsgemeinde schaut, steht, dass wir einen Überschuss von CHF 21 Mio. im Vorjahr hatten. Man könnte es für ein Jahr vertreten, zu sagen, dass es einfach ein Krisenjahr war und wir dem Bürger etwas Gutes tun.

Ich möchte deshalb den Antrag stellen, dass wir das Steuerniveau auf dem heutigen Niveau belassen mit 4% Steuerrabatt, also 50,88% statt 53%.

Ronahi Yener

Im Namen der SP Baar möchte ich mich gerne zum Budget 2021 und zum Finanzplan 2021–2025 äussern. Zuerst mache ich eine Vorbemerkung. Wir danken der Gemeinde Baar für die bestens getroffenen Sicherheitsvorkehrungen bezüglich Covid-19. So können wir zusammenkommen und unser demokratisches Recht wahrnehmen.

Die ALG hat kürzlich die Frage aufgeworfen, ob die Budgetgemeinde nicht als Urnenabstimmung durchgeführt werden soll. Dies mit der Begründung, dass wegen der Corona-Situation noch weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer als sonst zur Gemeindeversammlung kommen. Den Grundgedanken von einem breit abgestützten politischen Prozess können wir sehr gut nachvollziehen. Dieser ist sehr wichtig. Das Budget über eine Urnenabstimmung zu genehmigen, funktioniert allerdings nicht. Erstens ist dies vom Gemeindegesetz her nicht möglich und eine Notverordnung dazu gibt es vom Regierungsrat nicht. Und zweitens finden wir, dass – wenn wir schon kein Parlament haben – bei solchen Geschäften die Möglichkeit bestehen muss, Anträge zu stellen. Dafür braucht es ein demokratisches Gefäss. In der Gemeinde Baar ist dies momentan leider die Gemeindeversammlung und nicht ein Parlament.

Ich komme zum Budget 2021. Baar hat für das Jahr 2021 in Anbetracht der aktuellen Situation ein solides Budget, auch wenn ein Minus von CHF 3 Mio. budgetiert wird. Die Steuererträge gegenüber dem mutmasslichen Ertrag 2021 nehmen um rund CHF 22 Mio. ab. Dies hat in erster Linie mit dem Wegzug von Firmen mit einem hohen Steuersubstrat oder mit Fusionen zu tun. In zweiter Linie macht sich bestimmt auch die Covid-Situation im Budget 2021 bemerkbar. Auf der Aufwandseite wird mit rund CHF 5 Mio. weniger Aufwand gegenüber dem Budget 2020 gerechnet. Dies ist vor allem auf den Wechsel der degressiven auf die lineare Abschreibung aufgrund einer Änderung im Finanzhaushaltsgesetz sowie auf einen kleineren Beitrag an den Zuger Finanzausgleich ZFA aufgrund einer tieferen Steuerkraft im Jahr 2019 zurück zu führen. An dieser Stelle möchten wir nochmals erwähnen, dass die SP sich gegen den Wechsel von der degressiven auf die lineare Methode eingesetzt hat, da wir damit einen grösseren Teil der Abschreibungen an künftige Generationen abschieben.

Trotz dem geplanten Defizit verfügt die Gemeinde Baar über ein solides Budget 2021 und das Budget wird von der SP Baar unterstützt. Ebenfalls unterstützt die SP die Verlängerung des Notstandkredits zur Unterstützung von Corona-Härtefällen. Aufgrund der aktuell noch immer ausserordentlichen Lage gehen wir davon aus, dass dieser Notstandkredit 2021 noch stärker in Anspruch genommen wird.

Zur Investitionsrechnung: In den letzten fünf Geschäftsjahren hat es jedes Jahr grössere Abweichungen dazu gegeben, was die Gemeinde budgetiert und schlussendlich

realisiert hat. Bei budgetierten Investitionen zwischen CHF 7 und 21 Mio. haben die Abweichungen zwischen 32 und 39% ausgemacht. Für das Jahr 2021 sind Investitionen von CHF 17 Mio. geplant. Gerne ersuche ich den Bauchef Jost Arnold, folgende Frage zu beantworten: Kann die Bauabteilung alle in der Investitionsrechnung vermerkten Aufgaben wirklich stemmen, sofern es keine Verschiebung der Projekte aus rechtlichen Gründen gibt?

Weiter zum Steuerfuss: Die Gemeinde Baar wird auch mit dem für das Jahr 2021 geplanten Steuerfuss von 53% weiterhin schweizweit die steuergünstigste Gemeinde sein. In Anbetracht der massiven Investitionen ab dem Jahr 2021 und der aktuell ausserordentlichen Lage wird die SP einen allfälligen Antrag aus der Versammlung, den Steuerfuss zu senken oder einen Steuerrabatt einzuführen, ablehnen.

Zur Hundesteuer: Wir haben im Budget 2020 den Gemeinderat angeregt, die Hundesteuer zu überdenken. Lohnt sich der Aufwand überhaupt, die Hundesteuer explizit zu erheben? Gerne möchten wir beim Finanzchef nachfragen, ob sich der Gemeinderat dazu Gedanken gemacht hat.

Die SP Baar unterstützt die Anträge des Gemeinderates für einen Steuerfuss von 53% auf den kantonalen Ansatz, die Hundesteuer von CHF 120.– respektive CHF 40.– für Wachhunde auf landwirtschaftlichen Betrieben, obwohl wir uns fragen, ob man dies nicht anders lösen kann, und für die Genehmigung des Budgets 2021. Im Namen der SP Baar möchte ich abschliessend die Gelegenheit nutzen, dem Gemeinderat sowie der Verwaltung und den Schulen nochmals für die sehr gute Arbeit zu danken.

Andreas Lustenberger

Ich wechsle das Mikrofon, damit der Gemeinderat keinen steifen Nacken nach links und die Versammlung keinen steifen Nacken nach rechts bekommt.

Ich erlaube mir trotzdem zu reden, obwohl wir – wie meine Kollegin Ronahi Yener vorhin gesagt hat – die Frage gestellt haben, ob es beim Budget nicht auch eine Urnenabstimmung geben kann, wie das in anderen Kantonen per Notverordnung möglich war. Wir wollten dies in den Raum stellen und haben eine ablehnende Antwort der Zuger Regierung erhalten.

Die Alternativen – die Grünen sind mit dem Budget und dem Finanzplan grundsätzlich einverstanden und unterstützen den Gemeinderat bei allen seinen Anträgen, auch bei der Genehmigung und Festsetzung des Steuerfusses. Wir anerkennen die Leistung vom Budget 2021 und vom Finanzplan. Die Unsicherheiten der Planung sind für uns förmlich herauszulesen. Nüchtern betrachtet kann man festhalten, dass wir in den kommenden Jahren mit mehr Unsicherheiten rechnen müssen. "Das schläckt kei Geiss weg". Die Frage, die wir uns dazu stellen, ist ebenso simpel: Wie gehen wir mit den neuen Unsicherheiten um? Die eine Variante ist die, die der Zuger Kantonsrat im August beschlossen hat. Man reagiert mit Steuersenkungen und beschenkt damit die Unternehmen und deren Aktienbesitzer, die in Zeiten einer globalen Pandemie zu den finanziellen Gewinnern zählen. Sie konnten bestimmt in den letzten Tagen von den zwei jungen Unternehmern mit Sitz im Kanton Zug lesen, die dem Militär überteuerte Masken für CHF 22 Mio. verkauft haben. Das sind notabene Steuergelder. Mit dieser Steuersenkung versucht der Kantonsrat, einen alten Motor wieder irgendwie zum Laufen zu bringen. Es gibt jedoch in Krisen noch eine andere Variante. Das ist die, bei der man von staatlicher Sicht her investiert. Die Gemeinde Baar hat einen enormen Inves-

titionsstau. Das wissen wir alle. Die Alternative – die Grünen Baar unterstützen deshalb die Bemühungen des Gemeinderates, dass er im Bereich Bau und Infrastruktur endlich vorwärtskommt. Wir finden es überhaupt nicht tragisch, wenn die Gemeinde Baar dafür ab dem Jahr 2024 Fremdkapital aufnehmen muss. Das ist keine Verschuldung von zukünftigen Generationen, sondern Investitionen, die wir den zukünftigen Generationen schuldig sind. Damit können sie die Gemeinde und den Kanton Zug in ihrem Sinn positiv weiterentwickeln.

Die weltweite finanzielle Lage wird sich bestimmt nicht so schnell erholen. Gerade gestern hat das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO die neusten Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht. Aktuell sind geschätzt rund eine halbe Million Arbeiterinnen und Arbeiter auf Kurzarbeit. Nicht alle von ihnen werden wieder zurück zu ihrer Stelle können, wenn die Kurzarbeit abläuft. Es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosenzahlen steigen werden. Und damit steigen auch die Kosten des Bundes, der Kantone und Gemeinden. Umso mehr müssen wir jetzt klug agieren und in eine Zukunft mit Potential investieren. Dazu gehören einerseits Investitionen in ökologische Technologien, die ein enormes wirtschaftliches Potential haben. Andererseits müssen wir gewisse Industriezweige wieder zurück in die Schweiz und nach Europa holen, damit wir nicht komplett vom Ausland und anderen Kontinenten abhängig sind. Auch das schafft Jobs. Jobs die wichtig sind. Das wird nicht ohne staatliche Investitionen gehen. Wenn man die Steuereffussentwicklung seit 1999 anschaut – dazu gibt es eine gute Grafik auf Seite 19 – sieht man, wie enorm man innerhalb der letzten 20 Jahre den Steuerfuss von 75 auf 53% gesenkt hat. Die Alternative – die Grünen Baar können sich gut vorstellen, dass man dort in Zukunft wieder etwas nach oben korrigieren muss.

Noch ein paar Worte zum Budget und zu einem kleinen Antrag, den ich bei dieser Gelegenheit stellen möchte. Beim Detailstudium der Unterlagen ist uns aufgefallen, dass es kleinere Kürzungen bei der Abteilung Präsidiales / Kultur in den Kostenstellen Kultur und Kind und Jugend gibt. Die genauen Beweggründe für diese Kürzungen kennen wir nicht. Wir mahnen den Gemeinderat jedoch dazu, dass er nicht aufgrund von unsicheren finanziellen Zeiten, Leistungen abbauen möchte. Und dann gerade bei unseren Kindern und Jugendlichen. Falls es mehr Geld braucht, erwarten wir vom Gemeinderat, dass er von sich aus mit einem Antrag auf Steuererhöhung kommt und nicht Leistungen abbaut.

Bei der Abteilung Planung / Bau stelle ich einen konkreten Antrag. Es geht um die Kostenstelle Umweltschutzmassnahmen. Aus unserer Sicht haben wir dort ein grosses Investitionspotential in zukünftige Technologien. Damit können wir unsere Volkswirtschaft stärken, was in Krisensituationen sehr wichtig ist. Ich beantrage dort eine Erhöhung um die Hälfte, also sprich CHF 100'000.– bei der Kostenstelle 448. Falls es dazu eine Diskussion geben sollte, werde ich mich nochmals dazu äussern. Sonst habe ich diesen Antrag so gestellt.

Abschliessend möchten auch wir von den ALG die Gelegenheit nutzen, dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit zu danken. Für uns alle ist die Arbeit in den Klauen der Corona-Pandemie nicht einfach. Ebenfalls ein grosser Dank geht an das gemeindliche Personal. Entgegen anderslautenden Aussagen sind wir sehr zufrieden mit der Arbeit unserer Gemeindeverwaltung und möchten uns bei ihnen bestens bedanken.

Malaika Hug

Das Hundereglement der Gemeinde Baar feiert heuer den 40. Geburtstag. Dass in diesen Jahrzehnten die eine oder andere Veränderung stattgefunden hat, liegt auf der Hand. Die Hundemarke wurde mittlerweile durch die nationale Hundedatenbank Amicus ersetzt. Für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben ist gemäss Reglement die Hälfte der normalen Hundesteuer zu bezahlen.

Kurzum, das Reglement bedarf einer Überarbeitung und der Sinn und Zweck einer Hundesteuer auch. Insbesondere, wenn man davon ausgehen kann, dass der administrative Aufwand schlussendlich mehr Kosten generiert, als effektiv eingenommen werden. Dazu gehören beispielsweise die Feststellung, ob der Hund überhaupt steuerpflichtig ist oder nicht, die Rechnungsstellung aber auch und vor allem das Mahnwesen. Hier sind CHF 80'000.– bald weg. Basierend auf diesen Überlegungen hat die Stadt Zug im letzten Jahr beschlossen, keine Hundesteuer mehr zu erheben. Eine Gegenüberstellung der Erträge und der damit verbundenen Aufwände zur Eintreibung der Steuern hat sich als unverhältnismässig und die Forderung nach einer Abschaffung der Steuer als legitim erwiesen. Der administrative Aufwand diesbezüglich wird in Baar nicht wesentlich von demjenigen der Stadt Zug abweichen und was in der Stadt Zug nicht rentiert, kann auch in Baar nicht rentabel sein.

Aus diesem Grund beantragt die SVP Baar unter 1 b) die Abschaffung der Hundesteuer.

Walter Lipp

Das Wort zum Budget wird im Moment nicht mehr gewünscht. Wir gehen das Budget nun Seite für Seite durch. Falls jemand Fragen oder einen Antrag hat, soll er sich melden.

Ich habe verschiedene Anträge aufgenommen. Wir haben die Frage an den Bauchef, ob wir die Investitionen stemmen können. Anschliessend wird der Finanzchef etwas zum Steuerrabatt, Steuerfuss und zu verschiedenen Fragen sagen.

Jost Arnold

Frau Ronahi, ich kann Ihnen mit gutem Gewissen sagen, dass wir die Investitionen stemmen können. Wenn Sie das Investitionsprogramm hier drin genehmigen, geht das auf 4 Jahre. Wenn Sie jetzt also das Investitionsprogramm zur Kenntnis nehmen und diesem zustimmen, weiss ich, was im Jahr 2022, 2023 etc. kommt. Dies wird dann intern angeschaut. Man prüft die internen Personalressourcen, welche Leute hinzugezogen werden müssen und wie das Projekt ausgeführt wird. Auch wird geklärt, wie viel Vorlaufzeit benötigt wird. Das ist eine saubere Vorbereitung, bis es dann zur Ausführung kommt. Bei den Projekten, zum Beispiel in der Investitionsrechnung, wo die grösseren Beträge sind, kann ich Ihnen versichern, dass wir sie stemmen können. Wenn Sie in einem Restaurant für 500 Personen reservieren und der Koch prüft die Personalressourcen und Einkäufe erst am gleichen Tag, geht das auch nicht. Er muss das frühzeitig planen. In diesem Sinne kann ich Ihnen versichern, dass wir das stemmen können.

Zu Andreas Lustenberger: Ich nehme gerne mehr Geld in meinem Budget an. Jedoch werde ich es nur ausgeben, wenn ich es auch brauchen kann.

Pirmin Andermatt

Herzlichen Dank an die Sprechenden für die grundsätzlich positive Aufnahme von unserem Budget 2021. Das Budget ist das Resultat von einem sehr strukturierten Budgetprozess. In diesem Rahmen wurden die Eintretenswahrscheinlichkeiten angenommen. Es wurde nicht überall das aufgenommen, was die einzelnen Abteilungen gerne ausgegeben hätten, sondern es wird auch dort mit Eintretenswahrscheinlichkeiten gearbeitet. Man fragt sich, ob das überhaupt realisierbar ist. Dies auch dazu, was vorhin Jost Arnold gesagt hat.

Wir haben vorhin gehört, dass wir vor allem tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen haben. Bis zu CHF 12 Mio. Diese Angaben haben wir nicht einfach aus dem Finger gezogen, sondern wurden uns von der kantonalen Steuerverwaltung mitgeteilt. Damit müssen wir rechnen. Es werden einige juristische Personen, die teilweise zu den grössten 20 Steuerzahlern gehören, im nächsten Jahr nicht mehr hier sein.

Covid-Auswirkungen wurden angesprochen. Wir sind auch hier dem Kanton gefolgt, der bei den juristischen Personen rund 10% und bei den natürlichen Personen 5% weniger Einnahmen prognostiziert.

Ich habe einen bunten Strauss von Fragen zu beantworten. Dieser ist fast so schön wie der vom Werkhof herrlich geschmückte Weihnachtsbaum vor dem Gemeindegebäude. Ich komme zu den einzelnen Sprechenden.

Karl Bürgler: Zum Wegzug der juristischen Personen habe ich vorhin etwas gesagt. Zum Steuerrabatt: Sollte wider Erwarten das Jahr 2021 während dem Jahr besser werden, kann man nicht einfach rückwirkend einen Steuerrabatt gewähren. Dieser wäre dann für das Budget 2022 zu beantragen.

Olivia Bühlmann: zum Personal und Sachaufwand. Wir erstellen jedes Jahr Finanzkennzahlen für sämtliche 11 Gemeinden. Wenn ich im Jahr 2019 den Personalaufwand mit rund CHF 2500.– pro Einwohner/Einwohnerin anschau, gehören wir noch immer zu den günstigsten Gemeinden im Kanton. Die höchsten Gemeinden sind bei CHF 3200.– Die Stadt Zug ist bei CHF 3000.– Personalaufwand pro Einwohner/Einwohnerin.

Georg Meyer: Herzlichen Dank für die Abschiedsworte. Das Personalwachstum wurde mehr als einmal angesprochen. Wir stellen fest, dass auch für die Abarbeitung der täglichen Geschäfte hier und dort ein Defizit besteht. In diesem Rahmen hoffe ich, dass Sie uns erlauben, den benötigten Personalbedarf entsprechend zu erhöhen. Die Finanzkommission macht jeweils im Juni Empfehlungen für die Budgeterstellung. Sie hat zwar in ihrer Stellungnahme geschrieben, dass wir im Jahr 2022 nicht ganz bei den 0.25% pro Bevölkerungswachstum sind. Dies basiert jedoch auf unterschiedlichen Basen. Einerseits gibt es ein IST per 31.12.2020 und ein SOLL per 31.12.2020. Das sind unterschiedliche Basisberechnungen. Diese werden wir selbstverständlich ernst nehmen. Zum Steuerrabatt: 4% wie im Jahr 2020 sind 2 Steuerprozent. Bezogen auf CHF 100 Mio. Steuerereinnahmen sind das 2 Mio. und nicht 4 Mio. Wir haben bereits Mindereinnahmen bei den Steuern. Einerseits auf dem erwähnten Steuerpaket. Dazu wird das Referendum ergriffen. Im Steuerpaket enthalten sind einerseits der Individualabzug und andererseits der neu zu regelnde und geregelte höhere Mietzinsabzug. Dies insgesamt wird die 11 Gemeinden mit rund CHF 15 Mio. belasten. Die Gemeinde Baar betrifft das jeweils mit plus/minus 20%, sprich in einer Grössenordnung von CHF 2.5 und 3 Mio., was wir zusätzlich berücksichtigen müssen und entsprechend in unsere Rechnung einfließen wird. Das Budget 2021 war noch nie so unsicher, wie in

den letzten Jahren. Wir gehen in einen nebulösen, nicht ganz klaren Bereich. Und trotzdem haben wir dies, wie es sein muss, auf seriösen Basen berechnet. Die Covid-Auswirkungen können wir heute und morgen nicht sagen. Den Zuzug von juristische Personen haben wir zwar berücksichtigt, doch in welchem Ausmass das ist und in welcher Grössenordnung die einzelnen Firmen kommen, können wir auch nicht ganz klar sagen. Ohne Wechsel der Abschreibungsmethode wäre das Minus, wie wir es vom RGPK-Präsident gehört haben, noch rund CHF 3 Mio. tiefer. Wir müssen aber nicht in eine negative Euphorie verfallen, dass alles schlechter und schlimmer aussieht. Hier greife ich dem Votum von Andreas Lustenberger vor. Mit den jährlichen Schwankungen der Steuereinnahmen rechnen wir. Dafür haben wir CHF 55 Mio. Steuerausgleichsreserve.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen aufgrund all dieser Punkte, an den Anträgen des Gemeinderates festzuhalten und den Steuerfuss bei 53% zu belassen. Diese Anträge unterstützen auch die RGPK und die Finanzkommission.

Ronahi Yener: Vielen Dank für die interessanten Zahlen zu den Abweichungen bei den Investitionen von 32 bis 37%. Diese haben wir natürlich auch. Wegen der Hundesteuer, hier greife ich auch Malaika Hug vor: Die Hundesteuer wurde im Jahr 2013 erhöht. Unter anderem hat die SVP dort einen Antrag gestellt, diese nicht zu erhöhen. Die jetzt budgetierten CHF 85'000.– decken ungefähr die Aufwendungen. Sei es Robidog oder administrative Aufwendungen. Mir war es bis heute nicht bewusst, dass wir sehr viele Mahnungen oder Eintreibungsgebühren hätten. Ich freue mich, wenn man die Stadt Zug mit der Gemeinde Baar vergleicht. Doch bei diesem Thema vermute ich es eher weniger. Ich kann es jedoch weder dementieren noch bestätigen. Bitte folgen Sie dem Antrag des Gemeinderates und belassen Sie die Hundesteuer bei CHF 120.– bzw. CHF 40.–.

Andreas Lustenberger hat viel von Unsicherheiten gesprochen. Wie vorhin schon gesagt, müssen wir uns deshalb nicht gleich Angst machen. Diese Schwankungen gibt es immer wieder. Der Bundesrat hat gestern wieder neue Entscheide gefällt bzw. wird sie am Freitag fällen. Es kommen weitere einschränkende Massnahmen, die Gültigkeit ab Samstag bzw. Sonntag haben werden. Allenfalls kommen eine Woche später nochmals mehr Einschränkungen dazu, die wir nicht kennen. Aber nur deshalb dürfen wir nicht negativ-euphorisch werden, sondern schauen, dass wir diesen Weg entsprechend halten können.

Wie gesagt, es ist nicht nur im Finanzplan so. Für heute oder morgen gibt es nicht irgendwelche Steuerfussänderungen nach oben oder unten. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zu folgen.

Dies sind meine Ausführungen zu Ihren Punkten und Fragen, über die ich mich gefreut habe.

Michael Riboni

Budgetversammlungen erinnern mich immer etwas an den Silvesterklassiker "Dinner for one". Jedes Jahr das gleiche Prozedere, jedes Jahr wird uns gesagt, die Steuereinnahmen seien nicht nachhaltig und fallen zusammen. Ich habe mir im Vorfeld der heutigen Versammlung ein paar Zahlen notiert: 2017: budgetiert CHF 2.8 Mio., erzielt CHF 19.4 Mio.; 2018: budgetiert CHF 100'000 minus, erzielt 29.7 Mio. plus; 2019: budgetiert CHF 4.9 Mio., erzielt CHF 21 Mio.; für dieses Jahr budgetiert CHF 1,3 Mio. und CHF 18 Mio. gemäss Vorlage ungefähr das Ergebnis. Anders gesagt, wir haben in den

letzten Jahren CHF 8.9 Mio. budgetiert und CHF 88.3 Mio. erzielt. Ich hoffe, wir Baarer jassen am Donnschtig-Jass besser als wir budgetieren, denn sonst findet der Donnschtig-Jass nämlich in Cham statt und nicht in Baar. Die Steuerzahler haben letztlich in den letzten Jahren CHF 80 Mio. zu viel bezahlt. Wie gesagt, es ist jedes Jahr dasselbe. Es wird gesagt, die Steuereinnahmen seien keinesfalls nachhaltig. So auch im letzten Jahr. Ich habe extra am Mittag kurz ins Wortprotokoll der letztjährigen Versammlung geschaut. Pirmin Andermatt hatte damals von ganz dunklen Wolken am Himmel gesprochen. Er habe Signale von der Finanzdirektion Zug, wie wir es auch heute wieder gehört haben, dass das Budget 2020 die CHF 1.3 Mio. vielleicht nicht mal eingehalten werden können. Jetzt sind wir voraussichtlich bei CHF 18 Mio. plus. Das ist nicht ein Vorwurf an Pirmin Andermatt – er macht seinen Job ganz gut. Es gehört zum Job des Finanzchefs, vorsichtig zu sein und zu mahnen. Ich kenne das von meinem Parteikollegen im Kantonsrat Heinz Tännler. Dort läuft es auch immer gleich. Und deshalb bin ich der Meinung, dass wir heute einen Steuerrabatt von 4% beschliessen sollten, so wie es Georg Meyer für die SVP beantragt hat. Klar würde dies das Budget nochmals um CHF 2 Mio. verschlechtern. Aber was Budgets wert sind, habe ich Ihnen ja vorhin mit diesen Zahlen aufgezeigt. Auch wenn es am Schluss eintrifft, dass wir CHF 5 oder 6 Mio. minus machen, wer wenn nicht wir in Baar können uns das leisten. Wir haben CHF 55 Mio. Steuerausgleichsreserve. Diese sind gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz genau dafür da, solche Steuerschwankungen auszugleichen.

Einen Steuerrabatt müssen Sie zu Zeiten von Corona meines Erachtens als kleines Konjunkturprogramm anschauen. Ein Steuerrabatt dient nämlich uns allen. Uns Privaten und der Wirtschaft. Nehmen wir als kleines Beispiel die Textilreinigung an der Dorfstrasse. Diese haben zurzeit massive Ertragseinbussen. Alle sind im Homeoffice und niemand bringt Hemden und Anzüge. Es finden keine Hochzeiten und keine Feste statt. Die Restaurants bringen keine Tischwäsche. Der Unternehmer muss sich überlegen, wo er Einsparungen machen muss. Und wo macht man oft als erstes Einsparungen? Beispielsweise beim Marketing. Wie viele andere spart auch er beim Marketing. Das merkt dann die Werbeagentur, die Druckerei, der Fotograf und vielleicht noch der Texter. Alle diese leiden, wenn die Unternehmen beispielweise beim Marketing sparen. All diese haben zugegebenermassen heute schon nicht gross oder sogar überhaupt keine Steuern bezahlt. Selbständige waren sicher auch vorher nicht gross auf Rosen gebettet. Doch jetzt wegen Corona brechen diesen sogar die Umsätze weg. Teilweise haben Fotografen, Texter etc. überhaupt keine Umsätze mehr. Genau hier kommt der Steuerrabatt zum Zug. Das ist genau das, was der Kanton macht. Wenn der Staat weniger zulangt, bleibt den Unternehmen, den KMUs, mehr. Und diese können es investieren und investieren es vielleicht eben ins Marketing. Davon profitiert dann auch wieder der Texter, der Fotograf und die Druckerei. Das ist letztlich wie ein kleines Konjunkturprogramm, das wir heute beschliessen können. Genau das gleiche Beispiel können Sie auf ein Reisebüro, auf einen Caterer, auf ein Restaurant oder auf jedes KMU runterbrechen, das jetzt unter der Corona-Krise massiv leidet. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass es heute eben genau richtig ist, einen Steuerrabatt von 4% zu beschliessen. Lassen wir die CHF 2 Mio., oder wie viele es dann genau sein werden, im Wirtschaftskreislauf und lassen wir es bei den Privaten und bei der Wirtschaft. Diese sollen investieren und nicht nur der Staat, Andreas Lustenberger. Das ist effizienter, als immer im Nachhinein Hilfspakete zu schnüren. Selbstverständlich braucht es Hilfspakete. Doch wir müssen unbedingt auch agieren und nicht nur reagieren. Ich bitte Sie deshalb, dem Steuerrabatt zuzustimmen. Und ganz zum Schluss, vielleicht kommt es noch als Argument, dass wir wegen dem Steuerwettbewerb aufpassen müssen. "Race to the Bottom" hören wir auch immer wieder von der linken Seite.

Teilweise auch im Kantonsrat. Doch wir würden heute für ein Jahr 4% beschliessen. Wegen 4% zügelt niemand seinen Haushalt oder sein Unternehmen nach Baar. Es geht heute alleine darum, 4% Steuerrabatt zu beschliessen, die meines Erachtens ein kleines Konjunkturprogramm sind. Vor allem wenn man hört, was für Massnahmen weiterhin kommen werden, wäre das durchaus angebracht.

Andreas Lustenberger

Ich spreche noch kurz zu unserem Antrag. Ich bin froh über die Rückmeldung von Jost Arnold, dass er die CHF 100'000.– für die Umweltschutzmassnahmen gerne nehmen würde. Ich sehe das als Votum, dass man diesem Antrag zustimmen sollte. Ich gehe ganz generell davon aus, dass die Gemeinde Baar nur das Geld ausgibt, das tatsächlich gebraucht wird. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

Nachdem mein Kollege Riboni gesprochen hat, möchte ich noch ein paar Dinge dazu sagen. Ich bin froh, dass er in seinem Votum noch gesagt hat, dass der Bäcker und der Textilreiniger womöglich heute schon überhaupt keine Unternehmenssteuern bezahlen müssen, da diese im Kanton Zug so tief sind. Wir hören im Hinblick auf den 7. März, wenn wir über die Steuersenkung abstimmen werden, immer wieder, wer es alles treffen und wer davon profitieren wird. Wie ich es in meinem Votum schon gesagt habe, profitieren die, die jetzt schon profitiert haben. Die, die in der Krise Gewinn gemacht haben. Die, die überteuerte Masken verkauft haben. Die Pharmaunternehmen, die im Kanton Zug daheim sind, die jetzt ihre Medikamente und ihre Impfungen etc. produzieren können. Das sind die Gewinner, die mit den Steuersenkungen entlastet werden. Und die Personen, die bei diesen Unternehmen viele Aktien haben und deshalb als natürliche Personen grosse Einnahmen gemacht haben. Ein Konjunkturprogramm in Krisen ist das alleweil nicht. Ich habe in meinem Votum gesagt, es geht nicht nur darum, dass der Staat investieren muss, sondern ist es wichtig, dass auch Unternehmen in Krisenzeiten investieren. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir Unternehmen in Krisenzeiten unterstützen. Und ich möchte noch etwas in Richtung deine Bundesfraktion sagen, Michi Riboni. Man hat auf nationaler Ebene den Geschäftsmieterkompromiss von Seite SVP abgelehnt. Man war nicht bereit, Geschäftsmieten zu entlasten. Gerade heute hat die SVP auch abgelehnt, dass man Darlehen von 5 auf 8 Jahre verlängert. Ich muss schon sagen, man kann das eine sagen und das andere machen. Doch ein Konjunkturpaket mit Steuersenkungen ist es sicher nicht.

Kurz etwas zu «Race to the Bottom». Das kann man nicht Jahr für Jahr anschauen, sondern das ist eine längere Geschichte. Das sieht man auf der Seite 19 im Dossier der Gemeindeversammlung. Dort sieht man das «Race to the Bottom» wie es von 75% auf 53% gesunken ist. Ich bin absolut der Meinung, dass man die Steuern, so wie sie der Gemeinderat vorschlägt lassen kann. Dass die Gemeinde mutig ist, in die Zukunft zu investieren, aber auch, wie es Jost Arnold gesagt hat, mit nötigen Infrastrukturmassnahmen. Später sprechen wir auch noch über das Projekt am Bahnhofplatz. Das ist Konjunkturförderung, so fördern wir die Volkswirtschaft. Und nicht, indem man jetzt Steuern senkt.

Michael Riboni

Nur ein Wort zur Geschäftsmiete, die angesprochen wurde. Erstens wäre es schön, wenn die SVP dies selber ablehnen könnte. Wenn wir so viele Leute in Bundesbern hätten, dass wir die Mehrheit haben. Es sind auch FDP und CVP, die drei bürgerlichen Fraktionen, die das abgelehnt haben. Und warum wurde es abgelehnt? Das ist nämlich absolut richtig so. Es hätte bedeutet, dass man in privatrechtliche Mietverhältnisse eingreift. Und der private Vermieter kann nichts dafür, dass die Corona-Massnahmen beschlossen wurden und einzelne Mieter massiv darunter leiden. Der Staat, der Bund und die Kantone, haben diese Massnahmen beschlossen. Sie haben die Restaurants und die Läden geschlossen. Dann sollen nicht die privaten Vermieter dafür aufkommen, sondern der, der es geschlossen hat. Das ist der Bund oder der Kanton, nicht der Private. Zudem sind die grössten privaten Vermieter wir hier drin. Das sind die Pensionskassen. Das muss man sich bewusst sein. Man kann schon sagen, wir müssen einen Kompromiss machen. Wer aber am meisten einstecken müsste, wären die Pensionskassen – wir alle. Ich glaube, über die Altersvorsorge müssen wir nicht gross diskutieren. Es ist definitiv nicht sinnvoll, in Corona-Zeiten dort anzusetzen.

Pirmin Andermatt

Nur kurz. Das Wichtigste vorab: Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest. Ich möchte einige Aussagen ergänzen. Wir haben hier weder eine Bundes- noch eine Kantonsratsdebatte. Das merkt man. Von mir aus gesehen, stimmt es nicht ganz, von Ihnen aus gesehen ist es rechts gegen links.

Es sind sehr schöne Zahlen bei den Rekordüberschüssen, vielen Dank Michael Riboni. Diese Zahlen haben alle ihre Begründungen. Es sind Einmaleffekte und würden wir diese ausrechnen, wären wir immer auf plus/minus Null, oder CHF 1 Mio. darüber oder im Minus. Dieses Jahr ist es die Grundstückgewinnsteuer. Wenn wir diese nicht hätten, wären wir auf Minuskurs aufgrund von tieferen Steuereinnahmen sowohl bei den juristischen wie auch bei den natürlichen Personen. Warum sage ich immer die juristischen Personen? Die Gemeinde Baar hat das Verhältnis 50:50 juristische wie natürliche Personen. Wir haben es vorhin gehört, insbesondere die juristischen Personen sind und werden von all den Covid-Massnahmen betroffen sein. Der Kanton Zug hat ein anderes Verhältnis, wie die Stadt Zug auch. Zwei Drittel natürliche Personen, die von den Covid-Massnahmen allenfalls weniger betroffen sind, und ein Drittel juristische Personen. Der Kanton Zug notabene macht im Jahr 2020 ein Rekordergebnis – das höchste Ergebnis, das er je gemacht hat. Wir haben beim Kanton versucht nachzufragen, ob die Einwohnergemeinde Baar auch von einem solchen positiven Sondereffekt betroffen ist. Die Antwort lautete, dass sie dazu nichts sagen können. So wie es aussieht – Stand heute – wird die Gemeinde davon nichts haben. Bei der Grundstückgewinnsteuer ist es auch wieder ein Einmaleffekt, von dem wir bei der Budgetierung vor einem Jahr nichts gewusst haben.

Es wurde von links wie rechts diskutiert, dass wir Covid-Gewinner und Covid-Betroffene haben. Wir gehen eher in Richtung Betroffene. Wenn ich jedoch die Steuererhebung von juristischen Personen in unserem Geschäftsbericht anschau, fällt folgendes auf: Von rund 5500 Firmen, die bei uns ihren Standort haben, generieren 500 Firmen mehr als CHF 10'000.– Steuereinnahmen. Also ein elftel von allen juristischen Steuersubjekten werden schlussendlich von dem Steuerrabatt betroffen sein. Bei den

anderen rechnen wir auch damit, dass möglicherweise nicht viele Steuereinnahmen fliessen. Deshalb nochmals, wir halten an unserem Antrag fest.

Den Steuerwettbewerb wollte ich bewusst nicht reinbringen. Alle 2200 Gemeinden in der Schweiz werden mit den Covid-Massnahmen ähnliche Probleme wie wir in Baar haben. Es wurde vorhin gesagt, wir seien die steuergünstigste Gemeinde. Diese sind wir jedoch zusammen mit dem Kanton. Die Gemeinde Baar per se ist nicht die steuergünstigste Gemeinde. Dies möchte ich noch korrigiert haben.

Noch kurz zu Andreas Lustenberger: wer profitiert? Ja, es gibt Profiteure. Es gibt aber auch viele Verlierer im Rahmen dieser Covid-Massnahmen. Ich verbitte mir aber, nicht alle Unternehmungen in den gleichen schwarzen Topf zu werfen. Es gibt auch dort Gewinner und Verlierer. Man muss jede Unternehmung einzeln anschauen.

Zum Schluss, der Gemeinderat hält am Antrag von 53% fest.

Walter Lipp

Das Wort zum Budget wird nicht mehr verlangt. Ich habe drei Anträge gehört: Den Bereich Umweltschutzmassnahmen erhöhen, den Steuerrabatt und die Hundesteuer. Wir werden im Rahmen der Anträge des Gemeinderates einzeln darüber abstimmen. Zuerst über den Steuerfuss und anschliessend über die Hundesteuer. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Anträge

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2021 wie folgt zu erheben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 53% des kantonalen Ansatzes.
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–
2. Das Budget 2020 sei zu genehmigen.
3. Von der Auszahlung von Gemeindebeiträgen bis zu CHF 500'000.– für in Not geratene Kleinunternehmen und Einzelfirmen als Notstandskredit gemäss § 29 Abs. 1 FHG sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2021 wie folgt erhoben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 53% des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–

Einem Antrag der SVP Baar auf die Gewährung eines Steuerrabattes von 4% auf den Steuersatz von 53% für das Jahr 2021 wird grossmehrheitlich nicht zugestimmt.

2. Das Budget 2021 wird einstimmig genehmigt.

Ein Antrag der Alternative – Die Grünen Baar auf Erhöhung der Kostenstelle 448, Umweltschutzmassnahmen, der Abteilung Planung / Bau um CHF 100'000.– wird abgelehnt.

3. Von der Auszahlung von Gemeindebeiträgen bis zu CHF 500'000.– für in Not geratene Kleinunternehmen und Einzelfirmen als Notstandskredit gemäss § 29 Abs.1 FHG wird Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Revision Feuerwehrreglement – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Mirjam Arnold

Sie haben es vermutlich bereits im Bericht zur Revision des Feuerwehrreglements gelesen: Dreiviertel aller Einsätze dauern zwischen 30 und 45 Minuten. Dabei nicht eingerechnet sind die Hin- und Rückfahrt der Feuerwehrleute, was bedeutet, dass diese in der Regel länger als eine Stunde von zu Hause, vom Arbeitsplatz oder von einem Hobby weg sind. Alle diese Einsätze werden heute nicht vergütet. Die CVP Baar teilt die Meinung des Gemeinderates, dass dieses Reglement nicht mehr zeitgemäss ist und spricht sich einstimmig dafür aus, dass inskünftig auch Kurzeinsätze vergütet werden.

Interessieren würde uns jedoch – und hier fragen wir den Gemeinderat an – ob die Festlegung der Höhe der Besoldung bereits erfolgt ist und ob der kürzlich erschienene Beitrag der Zuger Zeitung, worin von CHF 45.00.– pro Stunde gesprochen wurde, korrekt ist.

Es geht in dieser Vorlage vor allem um Wertschätzung. Wir alle sind dankbar, dass die Feuerwehrleute zu jeder Tages- und Nachtzeit alles stehen und liegen lassen und sich für unsere Gemeinde einsetzen. Es ist wichtig, dass die Einsatzmoral und die Einsatzbereitschaft auf einem hohen Niveau gehalten werden kann. Dies ist mit der vorliegenden Anpassung möglich. Aus diesem Grund empfehlen wir von der CVP Baar ein Ja zur Revision des Feuerwehrreglements.

André Guntern

Ich selber war nie in der Feuerwehr. Ich hatte keinen Bezug dazu. Aber das ist ja das Schöne an der Feuerwehr Baar. Sie ist freiwillig. Darum sind auch Personen dabei, die das gerne machen, und das kaum wegen dem Geld.

Trotzdem war ich erstaunt, dass bezüglich Entschädigung von Kurzeinsätzen noch eine unbefriedigende Lücke besteht. Denn auch bei kurzen Einsätzen müssen doch die aufgeborenen Personen ihre Arbeit oder Freizeitaktivität verlassen, was mit Zeit und Aufwand verbunden ist. Und dafür sollen sie auch fair entschädigt werden.

Darum bin ich absolut dafür, dass das geändert wird. Eine faire Entschädigung ist auch ein Zeichen der Wertschätzung den Feuerwehrpersonen gegenüber, die diese Einsätze für unsere Sicherheit leisten. Wir müssen auch schauen, dass die Attraktivität des Feuerwehrdienstes erhalten bleibt, damit man auch in Zukunft genügend Personen dafür findet und der Dienst weiterhin freiwillig bleibt.

Die Alternative - die Grünen und die SP empfehlen Ihnen darum, der Revision des Feuerwehrreglements zuzustimmen.

Adrian Rogger

Die sehen auf dem Frontbild der Gemeindeversammlungsvorlage einen Einsatz der Feuerwehr. Was man auf diesem Bild jedoch nicht sieht, ist das, was die Feuerwehrleute vor dem Einsatz gemacht haben. Hier müssen wir weiterdenken. Stellen Sie sich vor, Ihre Frau feiert gerade einen runden Geburtstag, das Haus ist voller Freunde und Sie stehen am Grill. Plötzlich läutet der Feuerwehr-Alarm. Stellen Sie sich vor, es ist Weihnachten, grosse Bescherung, Sie feiern mit Frau und Kindern und plötzlich läutet der Feuerwehr-Alarm. Oder stellen Sie sich vor, Sie hatten einen strengen Tag bei der Arbeit verbracht, sind nach Hause gekommen, es wurde spät und Sie liegen im Bett. Am Morgen um 3 Uhr – Sie sind im Tiefschlaf – läutet der Feuerwehr-Alarm. Für die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner der Feuerwehr Baar gibt es bei all diesen Szenarien und vielen anderen keine Diskussion. Sie verlassen blitzartig ihre Familien, den Vereinsanlass oder das Geschäft. Diese Bereitschaft ist 24 Stunden pro Tag während 7 Tagen die Woche und das während 52 Wochen pro Jahr – also immer und jederzeit. Für wen machen sie das? Nicht für sich selber oder für eine Entschädigung. Sie machen das aus Überzeugung am Dienst für die Sicherheit, für uns alle und für die Sicherheit von uns Baarerinnen und Baarern. Sie machen das auch, obwohl sie für drei Viertel der Einsätze keine Entschädigung erhalten. Das ist ein alter Zopf und dieser muss weg. Es gibt im Kanton Zug nur noch drei andere Gemeinden, die das gleich handhaben. Wobei bei zwei davon das Ganze als Thema in Bearbeitung ist.

Eine kleine Spielerei zu den Kosten. Plus/minus CHF 35'000.– Mehrkosten macht diese bezahlte Entschädigung neu ab der ersten Stunde pro Jahr aus. Wenn ich dies auf jeden Einwohner runterbreche, gibt das folgende Rechnung. Bei 24'500 Einwohnern machen diese CHF 35'000.– etwa CHF 1.45 pro Baarer aus. Das macht lächerliche 0.4 Rappen pro Einwohner und Tag. Die Feuerwehr ist für jeden einzelnen Einwohner Tag und Nacht bereit. Mir ist klar, dass das eine Spielerei ist und diese CHF 35'000.– bezahlt natürlich nicht jeder Einzelne, sondern werden von den Steuern abgerechnet. Unsere Gemeinde nagt zum Glück nicht am Hungertuch. Ausserdem haben wir schon mehr Geld für anderes ausgegeben, zum Beispiel für einen Baarer Skulpturenpark. Dieser rettet uns jedoch nicht, wenn wir in Not sind.

Deshalb ist es mir und der SVP Baar enorm wichtig, dass das Feuerwehrreglement heute gutgeheissen wird. Wir haben uns gegen eine Berufsfeuerwehr entschieden und für eine Milizfeuerwehr. Es ist also umso wichtiger, dass wir hier zustimmen. Ich bin davon überzeugt, dass die Bevölkerung bereit ist, für unsere Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen, die 24 Stunden pro Tag einsatzbereit sind und für unsere Sicherheit sorgen, diese 0.4 Rappen pro Tag wie vom Gemeinderat vorgeschlagen auszugeben. In diesem Sinn stimmen Sie bitte, wie die geschlossene SVP Baar an ihrer Mitgliederversammlung, dieser Vorlage zu.

Thomas Gwerder

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission ist mit der Anpassung des Reglements und den Mehrkosten einverstanden. Ich möchte jedoch festhalten, dass die Feuerwehr Baar im Gegensatz zur Stadt Zug keine freiwillige Feuerwehr ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir attraktiv bleiben, um auch in Zukunft genügend Personen zu finden.

Urs Andermatt

Man sollte jede Chance nutzen, die Maske auszuziehen. Deshalb sage ich auch noch etwas.

Die FDP Baar unterstützt natürlich auch die Genehmigung des neuen Reglements. Wir haben schon gehört, wie wichtig die Feuerwehr ist. Und sie ist wirklich wichtig. Die Feuerwehr leistet einen enorm grossen Auftrag. Jeder ist froh, wenn er sie nicht braucht. Aber jeder ist auch froh, wenn sie schnell kommt und professionell arbeitet, wenn er sie braucht. Ich verstehe jeden, bei dem nach dem x-ten Fehlalarm irgendwann die Motivation sinkt. Das möchten wir verhindern. Die geleistete Arbeit soll auch bezahlt werden.

Stellen Sie sich die genannten Beispiele vor, sie sind alle real. Ich denke, wenn jemand zu einem Einsatz geht, verliert er den roten Faden, da wo er gerade war. Er kommt zurück, muss sich zuerst wieder einarbeiten. Es ist immer eine längere Zeit, die verloren geht. Bitte lassen Sie nicht zu, dass diese Zeiten in Zukunft nicht vergütet werden. Es ist richtig, dass sie bezahlt werden. Wir alle möchten, dass die Feuerwehr auch in Zukunft schnell und professionell vor Ort ist und ihren Einsatz leistet.

Die FDP Baar unterstützt die Genehmigung des Reglements und ich hoffe, dass auch Sie dem folgen.

Georg Meyer

Ich wollte auch Urs nachziehen und nochmals die Maske ausziehen.

Ich spreche hier einfach als Baarer und nicht als Mitglied der SVP oder der RGPK. Es ist fast etwas langweilig, wenn wir uns alle so einig sind. Ich habe mir deshalb überlegt, wer gegen diese Vorlage sein könnte. Vielleicht eine Interessengruppe für Brandstifter und Pyromanen.

Es ist ein schönes Zeichen für die Wertschätzung der Feuerwehr, dass wir uns bei diesem Thema alle einig sind. Das freut mich. Nehmen wir deshalb diese Vorlage mit einer grossen Mehrheit an.

Zari Dzaferi

Ich darf mich bedanken. So viele positive Voten zu diesem Geschäft durfte ich aus den Zeitungen erwarten, als die Medienmitteilungen publiziert wurden. Das freut mich sehr und man spürt die breite Wertschätzung für die Feuerwehr Baar von links nach rechts über die Mitte.

Die 24-Stunden-Bereitschaft wurde angesprochen. Ich habe vorhin kurz nachgeschaut. Wir hatten bis jetzt in diesem Jahr 101 Einsätze. Es sind viele Zeiten wie 05.59 Uhr, 21.02 Uhr, 21.57 Uhr, 01.25 Uhr usw. Es ist wichtig, dass man bei einem Brandalarm auch mitten in der Nacht schnell ausrückt. Brandalarme und kürzere Einsätze machen etwa 75% der Einsätze aus. Ich habe immer wieder versucht an den Einsätzen unter den Ersten zu sein und ich bin schnell unterwegs. Doch was hier geleistet wird, wie wenig Zeit vom Brandalarm bis Leute vor Ort sind vergeht, das ist enorm. Das hat diese Wertschätzung auch verdient.

Es wurde gesagt, dass wir attraktiv bleiben müssen. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gesamtgemeinderat sehr positiv auf die Feuerwehr eingestellt ist. Wir haben nach

wie vor die tolle Situation, dass wir genügend Feuerwehrleute haben. Das ist bestimmt auch dem geschuldet, dass wir attraktiv sind. Attraktiv heisst, dass wir eine gute Ausrüstung brauchen. Attraktiv heisst, dass wir eine faire Besoldung brauchen. Attraktiv heisst aber auch, dass man die Geselligkeit und das Vereinsleben in der Feuerwehr fördern soll. Ich kann Ihnen versichern, dass das die Gemeinde Baar macht.

Mirjam Arnold hat noch bezüglich Stundenansatz nachgefragt. Dieser ist auf CHF 45.– pro Stunde festgelegt. Wir werden die erste Stunde pauschal entrichten, egal ob der Einsatz 40 oder 45 Minuten dauerte. Wir orientieren uns hier an der Gebäudeversicherung, die diesen Ansatz festgelegt hat. Bei den Übungen kann ich es Dir noch genauer ausführen. Du hast zwar einen tollen Mann, der auch bei der Feuerwehr ist und Dir das vielleicht noch besser erklären kann als ich. Bei den Übungen ist der Ansatz tiefer und je nach dem geht er an die Feuerwehrleute persönlich oder in die entsprechenden Reiskassen. Das wäre dann Förderung von Vereinsleben und Geselligkeit.

In diesem Sinne besten Dank für die positive Aufnahme von diesem Geschäft. Ich glaube, das freut nicht nur den Gemeinderat, sondern auch die Feuerwehr Baar sehr.

Walter Lipp

Das Wort ist weiterhin frei. Es wird nicht mehr verlangt. Wir stimmen trotz der vielen positiven Rückmeldungen ab.

Antrag

Die Revision des Feuerwehrreglements sei zu genehmigen.

Beschluss

Die Revision des Feuerwehrreglements wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 5

Interpellation der CVP Baar betreffend "Bahnhof Baar" – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Olivia Bühlmann

Im Namen der CVP Baar bedanke ich mich vorab beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Gerne möchte ich trotzdem auf einzelne Punkte eingehen.

Dass Baar wächst, sehen wir nicht nur bei den geplanten Schulhäusern, wie das Wiesental oder das Sternmatt, sondern auch beim Verkehr. Laut den SBB sollte im Vergleich des Jahres 2016 mit dem Jahr 2035 die Anzahl der Aussteigenden und Einsteigenden beim Bahnhof Baar um rund 80 bis 85% wachsen, was immens ist. Und obwohl ungefähr seit dem Jahr 2008 klar ist, dass die SBB ihrerseits eine Erweiterung des Bahnhofs Baar mit einem weiteren Gleis planen, hat es der Gemeinderat verpasst, eine zeitnahe Planung, unter anderem des Busbahnhofs, vorzunehmen. Leider ist momentan nicht viel passiert und man hinkt dem Prozess hinterher. Da die SBB den Bahnhof Baar nur einmal anfassen werden, erwartet die CVP vom Gemeinderat, dass man beim Projekt zügig vorwärts macht und unter anderem auch die Chance nutzt, dass zusammen mit dem Dorfkern eine einladende und gute Gestaltung vorgenommen wird. Schliesslich ist der Bahnhof Baar einer der wichtigen Eingangspunkte von Baar. In diesem Zusammenhang wäre es aus Sicht der CVP sehr wünschenswert gewesen, wenn man im Rahmen der Beantwortung dieser Interpellation nicht nur die Vergangenheit aufgezeigt, sondern auch genauere Angaben für die Zukunft gemacht hätte. Bis zum heutigen Zeitpunkt fehlt unter anderem ein Zeitplan, wie die weiteren und beabsichtigten Schritte, einerseits vom Umbau und andererseits von der Gestaltung, aussehen.

Laut der Beantwortung der Interpellation genügt der bestehende Busbahnhof bereits heute den Anforderungen nicht mehr. Da der Platz für eine Erweiterung des Busbahnhofs sehr knapp ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass der Busbahnhof am heutigen Standort nicht vergrössert werden kann. Auf Seite 49 sehen Sie den Perimeter für einen allfälligen Neubau des Busbahnhofs. Bei einer genaueren Betrachtung dieses Perimeters fällt auf, dass es aufgrund der Platzverhältnisse sehr wahrscheinlich sein wird, dass ein neuer Busbahnhof nur auf der anderen Seite der Gleise, nämlich beim Park&Ride Bahnmatt, möglich ist. Dies bestätigt der Gemeinderat in seiner Beantwortung durchwegs. Aufgrund der engen Platzverhältnisse auch auf der anderen Seite der Gleise sind wir doch gleich froh, dass das Alterszentrum Bahnmatt nicht zustande gekommen und das im Jahr 2013 vorgestellte Siegerprojekt Leon & Louise immer noch in der Detailplanung stecken geblieben ist. Sonst hätten wir keinen Platz für einen neuen Busbahnhof.

Zu guter Letzt: Funktionale Studien Verkehr, Nutzungsstrategie für die Zentrumsentwicklung, Räumliche Entwicklungsstrategie RES, Kommunales Gesamtverkehrskonzept und Ortsplanungsrevision. Das alles sind Studien und Konzepte, die momentan erhoben werden oder teilweise schon erhoben wurden. Wir von der CVP hoffen und erwarten vom Gemeinderat, dass er bei diesem Konzept- und Strategiewald den Überblick behalten kann und sich nicht in den einzelnen Bäumen verliert.

André Guntern

Vor 10–15 Jahren haben wir alle geglaubt, mit der Einführung der S-Bahn, dem neuen Bushof und dem neuen Bahnhof, habe Baar auf lange Sicht hinaus einen Top-Bahnhof. Mit den vielen im Traktandum aufgelisteten Projekten, die in Zukunft auf diesen Raum einwirken, wurden wir inzwischen aber eines Besseren belehrt. Der Baarer Bahnhof soll also zu einer noch grösseren Drehscheibe des regionalen ÖV werden. Die Zunahme der Nachfrage macht einen weiteren Ausbau notwendig. Wegen der knappen Raumverhältnisse, ist das für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung. Aber machen wir uns nichts vor. Die SBB werden ihre überregionalen Interessen zielstrebig durchsetzen. Damit die Gemeinde und auch der Kanton nicht unter die Räder kommen, müssen die eigenen Projekte ausgereift und gut begründet sein. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass nur dann eine Chance besteht, dass die SBB auch zur Kooperation bereit sind.

Bei den Antworten auf die Interpellation spürt man, dass der Gemeinderat in die Ergebnisse der „Funktionalen Studie Verkehr Bahnhof“ grosse Erwartungen hat, damit man noch auf den fahrenden Zug von SBB und Kanton aufspringen kann. Es ist also absolut richtig, hier zügig vorwärts zu machen. Und weil der Platz für die vielen Bedürfnisse und Projekte so knapp ist, muss man unter Umständen auch neue Lösungsansätze prüfen:

- In Bahnhofsnähe gibt es nicht nur Grundstücke, die der Öffentlichkeit gehören. Evtl. könnte man mit privaten Grundeigentümern zusammenspannen und so gemeinsame Projekte entwickeln, mit Vorteilen für beide Seiten. Dies braucht dann auch die entsprechenden Investitionen, respektive finanziellen Mittel seitens der Gemeinde.
- Auch für das Velo-Parking, das schon seit Längerem aus allen Nähten platzt, muss eine Lösung gefunden werden. Man könnte beispielsweise einen Teil der ziemlich flächenintensiven P&R-Parkfelder durch Veloabstellplätze ersetzen. Damit könnten x-mal mehr Bahn- und Buskunden am Bahnhof parkieren.
- Parkplätze, sei es für Velo oder Autos, könnten auch mehrstöckig angeordnet werden.
- Mit dem Kommunalen Gesamtverkehrskonzept und der Zentrumsentwicklung laufen ja bekanntlich andere Planungen in dem Gebiet. Deren Perimeter überlagern sich teilweise auch mit dem Perimeter der Bahnhof-Studie. Darum sind die entsprechenden Zusammenhänge oder Wechselwirkungen zu analysieren und mitzubetrachten.

Der Bahnhof wird sicher nicht das letzte Mal Thema an einer Gemeindeversammlung sein. Deshalb sind wir gespannt, wie die aufgezeigten Knackpunkte gelöst werden.

Ronahi Yener

Ich äussere mich im Namen der SP zu dieser Interpellation. Der Bahnhofbau wird uns in Baar in Zukunft noch viel stärker beschäftigen. Im Jahr 2035 müssen 80 bis 85% mehr Pendlerinnen und Pendler bewältigt werden. Wenn man die Antworten auf die Interpellation der CVP genauer studiert, kann man feststellen, dass die notwendigen Schritte für den Ausbau des Bahnhofs erst in der aktuellen Legislatur eingeleitet wurden. Das bringt uns natürlich auf die Frage, warum der Gemeinderat sich nicht schon

viel früher, also in der letzten Legislatur, aktiver um die zukünftige Bahninfrastruktur bemüht hat.

Daniel Abt

Ich möchte kurz etwas zu den vorher gehörten Voten sagen. Es ist ein Thema, das mich schon seit Jahren beschäftigt und insgeheim auch ziemlich stört. Wir hatten in den vergangenen Jahren die Eigenschaft, dass wir nur geschaut haben, wo es gerade brennt und dort haben wir Wasser drauf geschüttet. Mit der Ortsplanungsrevision, die gerade läuft, haben wir jetzt die Möglichkeit, vorher zu reagieren. Auch wenn es dort Schwierigkeiten gibt mit den diversen Konzepten, die beobachtet werden müssen. Genau da besteht die Gefahr, dass man den Blick aufs grosse Ganze verliert und man sich in einem Detail verrennt. Man spricht jetzt vom Bahnhof. Doch ich finde es auch wichtig, dass man sich die Fragen stellt, wo wir leben und ob wir uns südlich, nördlich, westlich oder östlich vom Bahnhof entwickeln? Es ist sehr wichtig, dass man diesen Fokus nicht aus den Augen verliert. Olivia hat mir die Augen geöffnet. Es ist nicht nur negativ, dass man in den letzten Jahren in der Bauabteilung geschlafen hat. Nicht alle, aber einige Projekte sind liegengeblieben. So haben wir die Möglichkeit, dass wir das Areal beim Bahnmatt noch weiter bespielen können. Bitte nehmt das zur Kenntnis.

Jost Arnold

Ich kann allgemein etwas dazu sagen. Es wurde angesprochen, warum wir so spät dran sind. Es wurde auch von einer Votantin gesagt, warum man es nicht schon früher angegangen ist. Es ist so, dass wir in dieser Legislatur etwas überrascht wurden, wie schnell die SBB vorwärts machen möchten. Wir haben die Funktionale Studie Verkehr sofort in Auftrag gegeben. Mit dieser Studie sind wir nun ziemlich gut unterwegs. Wir hatten heute bereits die zweite Sitzung und es zeichnen sich Lösungen ab. Es sind jedoch auch verschiedene Hindernisse anzuschauen und zu bewerten. Ich denke, wir werden Lösungen finden. Es ist wichtig zu wissen, dass bei einem solchen Bahnhof-Projekt die SBB die Ausführenden sind, die den Bahnhof realisieren und wir müssen die Infrastruktur rundherum zur Verfügung stellen. Sobald wir Wünsche an die SBB haben, sind das sehr teure Wünsche. Wir haben heute in der Sitzung verlangt, dass wir ein Preisschild bekommen, wenn wir etwas von den SBB brauchen. Ich denke, es kommt gut. Wir werden rechtzeitig mit Informationen an die Öffentlichkeit gehen.

Der Bahnhof soll nach den SBB im Jahr 2035 in Betrieb genommen werden. Wir haben Aufgaben erhalten. Wir werden nicht nur den Bahnhof anschauen, sondern auch, was wir mit den Unterführungen bis nach Zug machen. Je nach Bewertung, werden wir auch dort noch gewisse Objekte mit den SBB anschauen.

Es wurde von André Guntern noch gesagt, dass die Veloparkplätze mitberücksichtigt werden sollen. Wir sind dran und möchten Plätze für rund 1100 bis 1200 Velos. Diese möchten wir auch am richtigen Ort platzieren können.

Daniel Abt, Du hast es richtig erkannt. Deshalb bist Du auch Mitglied in der Fachkommission der Ortsplanungsrevision. Dort kannst Du Vollgas geben.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der CVP Baar betreffend "Bahnhof Baar" sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der CVP Baar betreffend "Bahnhof Baar" wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar betreffend "Einführung von Tempo-30-Zonen in der Gemeinde Baar" – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 4. November 2020 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Michael Arnold

Vorab herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation. Die Antworten wurden gegeben und zudem gibt es auch einen kurzen geschichtlichen Abriss zum Thema. Etwas jedoch kommt in dieser Beantwortung zum Tragen. Die Parteien, unter anderem auch die FDP, haben bereits früh in den 2000-er Jahren ein Gesamtverkehrskonzept gefordert. Leider ist man mit diesem Vorhaben immer wieder gescheitert und vom Gemeinderat auf die Zukunft vertröstet worden. Heute wissen wir aber, und das kommt in der Beantwortung ebenfalls zum Tragen, dass wir in den letzten 20 Jahren verkehrstechnisch leider etwas im Blindflug unterwegs waren. Man wollte aktive Vorarbeit leisten und flächendeckend Tempo-30-er Zonen einführen, ohne dass man die aktuellen und vor allem, die zukünftigen übergeordneten Interessen sauber analysiert hat. Der Gemeinderat ist trotz Paradigma Wechsel von der Motion zur Einführung einer Tempo-30-Zone an der Dorfstrasse überrascht worden. Diese ist heute noch ein verkehrstechnischer Unfall. Man hat einfach etwas gemacht und hier und dort etwas angepasst, ohne eine wirkliche Strategie. Oder die Strategie war es, dass man eben keine hat. Es gibt Quartierstrassen, darüber müssen wir nicht diskutieren, bei denen eine Tempo-30-Zone absolut Sinn macht. So auch diese im Bereich Rote Trotte, die kürzlich eingeführt wurde.

Wenn ich jedoch die Tempo-30-Zone von der Landhausstrasse bis zum Spital anschau, habe ich schon meine liebe Mühe. Es wird aufgrund von Lärmemissionen vom Verkehr eine Tempo-30-Zone eingeführt. Dies in einem Gebiet, durch das eine Bahnlinie geht und wo das Spital vom Rettungsdienst angefahren wird. Ich wage zu behaupten, dass in diesem Gebiet die Lärmemissionen vom Strassenverkehr das kleinste Übel sind. Zudem ist die Tempo-30-Zone bei der Unterführung fertig, dort wo das Wohngebiet beginnt. Vielleicht könnt ihr mir heute erklären, warum das so ist. Eines ist sicher, es ist Bürokratie auf höchstem Niveau. Unterstrichen wurde diese durch die Geschwindigkeitskontrolle am ersten Tag. Wahrscheinlich hat man Glück gehabt, dass wenigstens erst nach dem Aufstellen der Tafeln geblitzt wurde, sonst hätte man wohl ein Problem gehabt. Wenn ich dort diese Situation und die gesetzliche Auslegung anschau, würde ich darüber nachdenken, die Personen auszuwechseln, die diese Gutachten erstellen. Mit einer solch breiten Anwendung der gesetzlichen Grundlage können und müssen wir über das ganze flächendeckende Gemeindegebiet eine Tempo-30-Zone einführen. Das kann es nicht sein.

Wir haben in der Interpellation zudem die Frage zur Haltung des Gemeinderates im Bereich Neugasse und Blickensdorferstrasse gestellt. Es ist richtig, dass es eine Kantonsstrasse ist. Aber auch dort haben wir Probleme mit der Lärmbelastung. Deshalb stehen auch immer noch die Profile in den Gärten der Anwohner. Ich habe es dem Sicherheitschef schon gesagt, dass es nicht reicht, alles auf den Kanton abzuschieben. Ich

möchte eine Haltung vom Gemeinderat hören. Ich hoffe, diese wird heute hier kundgetan. Eure Meinung zum eigenen Gemeindegebiet wird stets vom Kanton abgeholt. Also solltet Ihr auch eine Meinung zu dieser Situation haben.

Auch würde ich gerne wissen, wie der Gemeinderat zur Steinhauserstrasse steht. Die Gemeinde Steinhausen hat an der letzten Gemeindeversammlung einem Baukredit zugestimmt und wird Anpassungen an der Steinhauserstrasse bis zur Gemeindegrenze vornehmen. Für Steinhausen scheint diese eine wichtige Verbindungsstrasse zu sein. Ist sie das für die Gemeinde Baar auch und wie ist das weitere Vorgehen? Es macht wohl kaum Sinn, eine Verbindungsstrasse zwischen Steinhausen und Baar nur einseitig auszubauen und zu bewirtschaften.

Ansonsten gibt es zu dieser Beantwortung nicht viel mehr zu sagen, da auch nicht mehr drinsteht, da das Konzept noch nicht vorliegt. Wir behalten uns jedoch vor, weitere Fragen zu stellen und Vorstösse zu machen, sobald endlich ein Verkehrskonzept vorliegt und wir mehr dazu wissen.

Simon Uster

Mein Name ist Simon Uster, ich bin Vorstandsmitglied der Alternative – die Grünen Baar.

Für mich als junger Baarer sind Tempo-30-Zonen in den Baarer Quartieren etwas ganz Normales. Wenn ich jedoch die Geschichte in der Interpellationsantwort lese, sehe ich, dass das offenbar nicht immer so war.

Als mein Vater Hanspeter Uster 1987 als erster einen Vorstoss zur Einführung von Tempo 30 gemacht hat, war dies ein klares Thema von links-grün. Heute ist das nicht mehr so. Dies zeigen die Geschichte und weit anerkannte Vorteile auf. Nach dem ersten, noch erfolglosen Vorstoss folgte dann das breit abgestützte "Gesamtkonzept zur Verkehrsberuhigung" von damals. Die abgewiesene Beschwerde vom Verwaltungsgericht von 2010 gegen die Tempo-30-Zone Baar Nord hat gezeigt, dass die Gemeinde in Sachen Verkehrsberuhigung auf dem richtigen Weg ist.

Inzwischen haben sich nicht nur der Verkehr, sondern auch die Gemüter beruhigt. Es hat sich die Ansicht weitgehend durchgesetzt, dass die Strassen in den Wohnquartieren nicht nur den Autos, sondern allen Verkehrsteilnehmenden gehören. Und das kann nur funktionieren, wenn nicht ein Verkehrsmittel – also zum Beispiel das Auto – wesentlich schneller fährt als alle andern. Denn die Verkehrsberuhigung bringt Vorteile wie die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Verbesserung der Wohnqualität durch weniger Lärm und weniger Verkehrs hektik sowie die Verbesserung der Attraktivität für den Veloverkehr. Mit dem Bau der Tangente werden unter anderem genau solche Ziele verfolgt, um den Baarer Dorfkern in diesen Bereichen zu entlasten.

Für die Zukunft sehen wir bei der Verkehrsberuhigung folgende zwei Schwerpunkte. Erstens sollen beim Tempo-30-Konzept die letzten Lücken gefüllt werden. Das heisst im Grundsatz: In Quartieren abseits der Durchgangsstrassen soll flächendeckend Tempo 30 gelten. Dies vereinfacht vor allem die Orientierung und die Beschilderung. Und Zweitens sind auch für die gefährlichen Stellen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu prüfen. Wo dies Kantonsstrassen betrifft, soll die Gemeinde entsprechend auf den Kanton einwirken. Dies insbesondere auf der Achse Blickens-

dorferstrasse / Neugasse. Dort wird seit Jahren eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Velofahrer – zum Beispiel Schüler zum Wiesental – und andere Verkehrsteilnehmer gefordert.

Wir von den Alternativen – die Grünen stehen hinter den bisher umgesetzten, und auch hinter den aufgezeigten noch geplanten Massnahmen. Zum Schluss möchte ich nochmals klarstellen, dass der Gemeinderat nicht einfach Tafeln mit Tempo 30 aufstellt, sondern es benötigt Abklärungen auf verschiedene Ebenen, was er auch macht. Denn eine solche Massnahme muss notwendig, verhältnismässig und zweckmässig sein, um eingeführt werden zu können.

Beni Riedi

Alle möchten sich fortbewegen – elektrifiziert, motorisiert – aber niemand möchte Verkehr. Die SVP ist nicht generell gegen Tempo-30-Zonen. Wir sind jedoch sehr kritisch, wenn es um die Einführung einer Tempo-30-Zone geht. Wir danken dementsprechend der FDP für diese wichtige und richtige Interpellation. Auch wir vermissen hier eine klare Strategie.

Michi Arnold hat sehr gute Beispiele aufgezählt, die ich mir ebenfalls notiert habe. Sprich Rechtsvortritt im Dorf Baar. Dieser Entscheid ist übrigens einer der wenigen, über den Sie als Stimmbürgerin oder Stimmbürger überhaupt abstimmen konnten. An der Gemeindeversammlung war dieser Entscheid sehr umstritten. Es waren gerade mal sechs Stimmen mehr, die das wollten. Es war keine schöne Einheit, die das befürwortet hat. Doch warum ist das so? Ist der Rechtsvortritt wirklich besser? Haben wir nicht fast noch mehr kritische Übergänge, die gefährlicher sind? Oder anders gesagt – ich zähle mich selber zum Velo- und Autofahrer – fühle ich mich als Velofahrer in der Tempo-30-Zone sogar schlechter gestellt. Wir haben nämlich zwei Massnahmen bei der Einführung einer Tempo-30-Zone, bei denen wir zur Einhaltung verpflichtet sind. Erstens ist es der Blitzer und zweitens sind das Hindernisse auf der Strasse. Ich habe mich vor acht Jahren immer wieder dagegen geäussert und gesagt, dass ich Mühe damit habe, dass ich mit solchen Hindernissen als Velofahrer und schwächeren Verkehrsteilnehmer das Auto ausbremsen muss. Das macht für mich keinen Sinn. Doch genau das machen wir in Baar immer mehr. Ich habe anno dazumal die Insel beim Oberstufenschulhaus Sennweid thematisiert, bei dem man früher geradeaus fahren konnte und neu muss man als Velofahrer das Auto ausbremsen. Das macht schlichtweg keinen Sinn bzw. ist es sogar noch gefährlicher.

Ins gleiche Thema gehen die Fussgängerstreifen. In einer Tempo-30-Zone sind diese sehr limitiert. Gerade an der Dorfstrasse mussten wir bei der Einführung der Tempo-30-Zone Fussgängerstreifen entfernen und nachträglich wieder einzeichnen. Wir hatten Probleme, dass gerade in den Zeiten, wenn es in Baar Schnee hat, die Räumungen nur noch bei den Fussgängerstreifen gemacht wurden. Rollstuhlfahrer hatten immer mehr Mühe, die Strasse überhaupt zu überqueren.

Es gibt immer mehr so lustige Dinge – hier pflichte ich der FDP natürlich auch bei – und man hat sehr komische Konstrukte geschaffen. Eine Tempo-30-Zone auf dem Pausenplatz – das gibt es in Baar. Die neuste Tempo-30-Zone gibt es wegen Lärmemissionen von einer Überschreitung von einem Dezibel. An einem Ort, wo hinten die SBB und vorne die Kantonsstrasse sind. Ob die Tempo-30-Zone vor dem Kantonsspital wirklich den erhofften Effekt geben wird, bezweifle ich sehr. Am Morgen hat man die

Beschilderung aufgestellt und am Nachmittag geblitzt. Schlussendlich wurden die Busen nicht ausgesprochen. Doch es zeigt, dass das Feingefühl fehlt.

Was passiert bei der Verkehrsberuhigung mit Tempo-30-Zonen? Auch hier etwas, das die SVP immer wieder gesagt hat. Wir müssen schauen, dass wir nicht immer mehr den vorhandenen Verkehr in die Quartiere verschieben. Es gibt noch Quartiere, in denen die Kinder auf der Strasse Fussball spielen können. Je mehr man den Verkehr in die Quartiere verschiebt, je weniger wird dies in Zukunft möglich sein.

Wie ich gesagt habe, Blitzen und Hindernisse sind die Massnahmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Baar bis ins Jahr 2040 mit 8000 neuen Einwohnern rechnet. Das heisst, dass wir ganz Unterägeri in den nächsten 20 Jahren noch in Baar einpflanzen müssen. Hier muss man sich schon fragen – wenn man ein solches Wachstum möchte –, ob es sinnvoll ist, wenn der Verkehr noch weiter behindert wird. Man sollte dies weitsichtig anschauen. Genau das verlangen wir auch vom Gemeinderat. Hier sind wir uns mit der FDP einig, dass ein Verkehrskonzept geschaffen werden soll und nicht, wie es in der letzten Zeit passiert ist, mit Baustellen immer wieder etwas gemacht wird.

Es ist uns so vorgekommen, dass zwei oder drei Einwohner Unterschriften sammeln konnten und der Gemeinderat dieses Anliegen sehr dankbar aufgenommen und direkt umgesetzt hat. Die SVP Baar hofft, dass der Gemeinderat dementsprechend – wenn er solche Anliegen aus der Bevölkerung gerne aufnimmt – auch die 600 Unterschriften, die gegen die Erhöhung der Parkgebühren sind, aufnimmt und zuhört.

Jost Arnold

Es gibt zwei Dinge, die ich dazu sagen muss. Es wird immer von diesem einen Dezibel gesprochen. Ich habe vor Bundesgericht einmal wegen einem Dezibel verloren, das in einem Haus gemessen wurde. Wegen einem Dezibel hat der Einsprecher Recht bekommen. Beim Spital können wir solange diskutieren, wie wir wollen. Es ist die Vorgabe des Bundes, dass dort wegen nur einem Dezibel die Lärmemissionen nicht eingehalten sind. Wir sind verpflichtet, diese Massnahmen zu machen und haben uns entschlossen, dass wir diese Massnahmen aufteilen. Erstens machen wir eine Tempo-30-Zone als Teilmassnahme. Wenn der Belag neu erstellt werden muss, wird ein lärmärmer Belag verwendet. Damit werden die Auflagen erfüllt. Wenn man zu schnell Auto fährt, kann man auch nicht einfach den Polizisten ersetzen und sagen, dass er falsch gemessen hat. Es ist dann einfach so.

Bei der Steinhäuserstrasse waren wir auch von dieser Vorlage überrascht. Sie haben nie mit uns Kontakt aufgenommen. Wir nehmen das so zur Kenntnis und werden mit Steinhäuser den Kontakt suchen. Wir werden mit ihnen und intern abklären, was gemacht werden kann und ob überhaupt etwas gemacht werden muss.

Zari Dzaferi

Ich möchte vorneweg nehmen, dass ich mich sehr über diese Interpellation gefreut habe. Sie hat uns die Möglichkeit gegeben, dieses Thema sachlich zu beleuchten und genau aufzuzeigen, was gilt, was man machen kann und an welche Reglemente und Ordnungen wir uns halten müssen. Tempo-30-Zonen sind ein sehr emotionales Thema. Es betrifft einerseits die Anwohnenden und solche, die befürchten, dass sie Zeit verlieren. Dann gibt es wiederum Leute, die den Veloverkehr benachteiligt sehen

und andere sehen den Fussgängerstreifen am falschen Ort. Man ist immer irgendwo emotional dran. In diesem Bereich konnte ich als Gemeinderat am Meisten dazulernen. Es ist unglaublich technokratisch und bis ins Detail geregelt, wie bei einem solchen Prozess vorzugehen ist. Ich habe einiges dazu mitgenommen.

Wenn wir eine Tempo-30-Zone machen ist es nicht so, dass wir würfeln, wo sie hinsoll oder uns überlegen, wo es gut wäre. Es gibt umfassende Berichte, die wir erstellen müssen. Diese sind gekoppelt an zu erfüllende Kriterien. Alles ist bis auf Bundesebene klar geregelt. Es ist nicht so, Beni Riedi, dass wir einmal da und einmal dort etwas machen. Wir halten uns an die Vorgaben. Und wir müssen uns an diese Vorgaben halten, wie es Jost Arnold bei der Landhausstrasse wegen der Dezibelüberschreitung gesagt hat. Dort waren wir gezwungen, etwas zu machen. Bezüglich Lärmüberschreitung ist übrigens eine weitere Tempo-30-Zone an der Zugerstrasse geplant. Das werden wir im Rahmen der Sanierung der Zugerstrasse vornehmen.

Sie haben vielleicht festgestellt, dass wir Speedys haben. Speedys sind digitale Anzeigen, die aufzeigen, wenn Sie zu schnell unterwegs sind. Diese haben wir bewusst installiert und noch weitere bestellt. Oftmals möchten die Leute gar nicht zu schnell unterwegs sein. Ich habe kein so modernes Auto, doch bei den modernen Autos hört man oft nicht, wie schnell man unterwegs ist. Entsprechend wird man darauf aufmerksam gemacht. Wenn Sie Speedys sehen oder das Gefühl haben, dass bei Ihnen im Quartier zu schnell gefahren wird, nehmen Sie Kontakt mit uns auf. Wir werden uns bemühen, dass dort ein Speedy aufgestellt wird.

Zur Kantonsstrasse Blickensdorf, Michi Arnold, wirst Du heute keine Haltung des Gemeinderates bekommen können. Wir als Gemeinderat haben uns kürzlich gegenüber dem Kanton zu diesem Projekt geäußert. Uns ist die Sicherheit, vor allem die Schulwegsicherheit, ein grosses Anliegen. Wir haben dies im Gemeinderat gründlich diskutiert und dem Kanton mitgeteilt, dass wir für die Schulwegsicherheit eine Verbesserung möchten. Tempo 30 auf Kantonsstrassen ist in der Zuständigkeit des Kantons. Bis jetzt gibt es keine Tempo-30-Zonen auf Kantonsstrassen, zumindest nicht im Kanton Zug. Und wenn, dann wäre wohl in Menzingen die 90-Grad Kurve mitten im Dorf die eheste, die ich dafür sehen würde. Hier ist der Kanton zuständig und wir mischen uns nicht ein. Dort, wo wir uns einbringen können, bringen wir uns ein.

Tempo-30-Zonen beschäftigen viele Leute. Wir als Gemeinde müssen immer wieder reagieren. Vorhin wurde angesprochen, dass man das Gefühl hat, dass zwei oder drei Bürger kommen können und wir springen und sagen: "Super, dass Sie gekommen sind, dann können wir auch gleich loslegen". So ist es nicht. Wir haben auch andere Fälle. Letzte Woche haben wir eine Petition erhalten. Es sind zwar nicht über 600 Unterschriften, aber doch 151 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger von einem neu geschaffenen Quartier an der Landhausstrasse. Dort wohnen 50 Schulkinder und mehr und die Eltern sind verunsichert. Deshalb kommen sie zu uns und deponieren ihr Anliegen. Darum müssen wir uns kümmern. Denn wenn irgendwo etwas passiert und wir als Gemeinde haben das nicht ernst genommen und uns nicht darum bemüht, abzuklären, ob die Sicherheit gefährdet ist oder nicht, stehen wir in den kurzen Hosen da. Es ist wichtig, dass wir insbesondere die Schulwegsicherheit hochhalten können.

Es gibt auch Bauentwicklungen, die das Tempo beeinflussen. Im Moment haben wir bei der Winzrüti eine temporäre Abweichung der Höchstgeschwindigkeit. Die Landhausstrasse, Michi Arnold, ist übrigens keine Tempo-30-Zone, sondern nur eine abweichende Höchstgeschwindigkeit 30. Ich weiss, du lachst jetzt. Doch ich möchte Dir aufzeigen, wie technokratisch das ist und dass es genau geregelt ist, was eine Tempo-30-

Zone ist und was dort erfüllt werden muss. Ob es eine abweichende Höchstgeschwindigkeit ist oder wo der Fussgängerstreifen gesetzt werden darf. Auch bei der Altgasse ist im Moment eine temporäre Abweichung der Höchstgeschwindigkeit. Ich möchte aufzeigen, dass wir uns auf der Gemeinde bemühen, dies sorgfältig zu machen und dies auch über die Jahre hinweg gemacht haben. Sie sehen auf der eingeblendeten Folie – Sie müssen nicht jede Strasse erkennen können – die zusammenhängenden Tempo-30-Zonen. Diese sind nicht seit dieser Legislatur, sondern sind über die Jahre in der Gemeinde gewachsen. Dies mit der Strategie, dass man in den Wohnquartieren die Geschwindigkeit reduzieren möchte. Einerseits aus Sicherheitsüberlegungen und andererseits aus Lärmüberlegungen. Wir sind dran und wir bemühen uns. Falls Sie ein Anliegen haben, kommen Sie vorbei und wir hören Sie an. In einem Quartier braucht es grundsätzlich eine Mehrheitsfähigkeit, damit wir etwas prüfen werden.

Das Kommunale Gesamtverkehrskonzept wird die nächsten Jahre erwartet. Es ist in der Federführung von Bauchef Jost Arnold. Es wird uns die Möglichkeit geben, die Strassen genauer anzuschauen und Tempo-30-Zonen zu erweitern. Die letzte Abweichung der Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 ist auf der Steinhäuserstrasse und wurde letzte Woche demontiert. Dort ist jetzt wieder 50. Wir hatten dort Tempo 30 wegen dem Baufeld im Sonnrain. Dort hatten wir die Auflage, dass 80% überbaut werden muss. Erst ab dann ist wieder die Normalgeschwindigkeit möglich. Wir sind immer dran und wir sind offen, falls Sie einen Verbesserungsvorschlag haben. Es ist sehr spannend, was in dieser technokratischen Abschrift alles zu finden ist.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar betreffend "Einführung von Tempo-30-Zonen in der Gemeinde Baar" sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar betreffend "Einführung von Tempo-30-Zonen in der Gemeinde Baar" wird Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Am Ende der Versammlung angelangt. Leider können wir Ihnen auch heute keinen Aperó offerieren. Ich würde dies gerne machen, damit ich Dani, Simon und Beni das nächste Mal wieder besser erkenne. Es ist auch eine Zeiterscheinung. Jeder hat sich mit der Maske verändert. Ich entschuldige mich.

Ich muss Sie darauf hinweisen, dass beim Verlassen der Halle konsequent auf den Mindestabstand von 1.5 m geachtet werden muss. Damit dies reibungslos geht, bitte ich Sie, dass nicht alle zusammen den Raum verlassen, sondern geordnet. Das Tragen der Maske ist auf dem gesamten Areal rund um die Halle obligatorisch.

Und nun wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen eine frohe Adventszeit, gemütliche Festtage und alles Gute im neuen Jahr. Gemeinsam werden wir es schaffen. Eigentlich dürfen wir uns trotz der aktuellen Lage glücklich schätzen, in einer schönen Gemeinde, im Kanton Zug, in der Schweiz, leben zu dürfen. Dies dürfen wir nicht vergessen und ich schliesse die Gemeindeversammlung – ebenfalls humorvoll – mit einem Gedicht:

Im Advent, der Zeit der Lichter,
wird ein jeder schnell zum Dichter
lese ich das schöne Gedicht der SVPe
so bleibe ich trotzdem bei der CVPe.

Tragen Sie Sorge zu sich und bleiben Sie gesund. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und kommen Sie gut nach Hause.

Für das Protokoll

Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 22. Februar 2021 sn